

Schweiz:  
Eine aktuelle Studie belegt  
die rassistische Diskrimi-  
nierung bei Einbürgerung.

3

Streik:  
Den Streikenden in Neuen-  
burg wird durch die Spitallei-  
tung fristlos gekündigt.

4

Kuba:  
Eine Reportage über  
den aktuellen kubanischen  
Alltag.

6

Theorie:  
Die marxistische «Kritik  
der Ökonomie» als Infrage-  
stellung des Kapitalismus.

8

# vorwärts

**die sozialistische zeitung.**Retouren:  
vorwärts  
Postfach 2469  
8026 Zürich**Bundeslager erhöhen den  
Sicherheits- und Repressi-  
onsapparat gegen Migran-  
tInnen.  
Bild: zVg.**

## Positionen

Am 6. Februar wurde der tunesische Genosse Chokri Belaïd ermordet. Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) ist bestürzt und in Trauer. Sie verurteilt diesen feigen Mord aufs Schärfste, der nur das Ziel hatte, eine Freiheitsstimme in Tunesien verstummen zu lassen.

Bereits unter dem Regime von Ben Ali war Chokri Belaïd politisch aktiv. Sein unermüdlicher Einsatz für die Rechte der Unterdrückten kosteten ihn mehrere Male längere Haftstrafen. Der Genosse war Gründer und aktueller Generalsekretär der Partei «Mouvement des patriotes démocrates» (Bewegung Patriotischer Demokraten) und einer der Leader der «Front populaire» (Volksfront). Chokri Belaïd kämpfte ständig an vorderster Front für die Rechte der ArbeiterInnen und Frauen sowie gegen den Ausverkauf seiner Heimat an multinationale Grosskonzerne. Er war ein strikter Gegner der Regierung Jebali und trat für die Trennung von Staat und Religion ein. In den Monaten vor seiner Ermordung verurteilte und denunzierte Genosse Belaïd immer wieder die massive Gewalt, die von Milizen der regierenden, islamistischen Partei «Ennahda» gegen demonstrierende AktivistInnen der Opposition eingesetzt wird. Die Regierungspartei wird stark verdächtigt, die Mandantin des Mordes zu sein. Der feige Mord spitzt die politische Krise in Tunesien zu, dessen Ausgang zurzeit noch völlig offen ist. Die PdAS wünscht dem Tunesischen Volk, dass diese Krise friedlich und demokratisch nach dem Willen und im Sinne des Volkes gelöst wird.

PARTEI DER ARBEIT SCHWEIZ

## Nach dem Mist die Repression

Redaktion. **Am 30. Januar 2013 fand in Bern das Asylsymposium der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) statt. Diese liebäugelt mit der Übernahme eines zahlungskräftigen Leistungsauftrags im Bereich der Rechtshilfe. AktivistInnen protestierten gegen die herrschende Lagerpolitik und gegen die Mitverwaltung – und begegneten in erster Linie der Repression von Seiten des Staates.**

An der Asylkonferenz vom 19. Januar 2013 einigten sich VertreterInnen von Bund und Kantonen auf Eckwerte einer neuen Ära von Lagerpolitik: Asylsuchende, Bundesamt für Migration (BFM), Rechtsvertretung, Rückkehrhilfe, Dokumentenprüfende, Polizei, Pflegepersonal und so weiter werden am gleichen Ort konzentriert. Hierzu werden in der Umgebung der fünf Empfangszentren je vier Lager von bis zu 400 Plätzen und zu den 430 bestehenden Haftplätzen weitere 700 für Ausschaffungs- oder Beugehaft geschaffen. Die neuen Bundeslager gehen mit einer massiven Erhöhung des Sicherheits- und Repressionsapparates einher.

### NGO's verwalten mit

Diese neue Lagerpolitik soll nun vermehrt auch durch Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO's) gestützt werden. Bundesrätin Simonetta Sommaruga unterstrich die Einbindung der NGO's ins Asylwesen. Damit erhofft sie sich wesentliche Einsparungen für den Bund, denn NGO's arbeiteten – da nicht profitorientiert – billiger. Doch hinter den Plänen der Bundesrätin steckt natürlich auch das Ziel, eine breitere Akzeptanz für die aktuelle Stossrichtung in der Asyl- und Migrationspolitik zu finden. In gut «schweizerischer» Tradition soll eine regelrechte «migrationspolitische Sozialpartnerschaft» geschaffen werden. Und so liebäugelt die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) mit der Übernahme eines zahlungskräftigen Leistungsauftrags im Bereich Rechtshilfe. Am 30. Januar 2013 fand ihr Asylsymposium statt. Statt der fremdenfeindlichen Lagerpolitik eine radikale Absage

zu erteilen, lassen sich Hilfswerke, Menschenrechtsorganisationen und WissenschaftlerInnen vor den Karren spannen. Sie boten den Machern der Lagerpolitik – Bundesrätin Sommaruga und BFM-Chef Gattiker – eine Plattform.

### Argumente gegen die Lagerpolitik

Das offizielle Ziel der Lagerpolitik wird in der Botschaft des Bundesrates so formuliert: «Um die Attraktivität der Schweiz als Zielland von Asylsuchenden zu senken, ist es notwendig, die Verfahrensabläufe zu beschleunigen und effizienter auszugestalten». Die durchschnittliche Gesamtdauer der Asylverfahren soll auf 100 Tage herabgesenkt werden. Hierfür soll innerhalb von acht Tagen ein erstinstanzlicher Asylentscheid vorliegen und etwa die Hälfte der Asylsuchenden soll nach 140 Tagen bereits ausgeschafft sein. Ein Blick auf die letzten Jahre genügt, um die brutalen Folgen dieser Absichten zu erahnen: Die Gesamtdauer eines Asylverfahrens betrug etwa 1400 Tage. Allein die Beschaffung von Reisepapieren dauerte durchschnittlich fünf Monate und die Hälfte der Ausschaffungen scheiterte. Das wird sich auch durch die neuen Lager nicht ändern. Die Asylsuchenden werden stattdessen in den Lagern zermürbt oder in die neugeschaffenen Gefängnisse transferiert.

### Protest von LagergegnerInnen

Während der Rede von BFM-Chef Gattiker am Asylsymposium, in welcher er die versammelten Gäste von der neuen Lagerpolitik zu überzeugen versuchte, wurde der Saal an der Universität Bern von AktivistInnen betreten. Mit einer Ladung Mist erteilten sie der diskutierten Lagerpolitik eine stinkende Abfuhr. Zeitgleich demonstrierten vor dem Gebäude weitere AktivistInnen gegen die repressive Umstrukturierung im Asylwesen. Die Aktion erinnert die anwesenden VertreterInnen der SFH, des UNHCR und weitere Menschenrechtsorganisationen im Saal, dass sie mit der Strategie des Dialogs und der kleinen Schritte die Lagerpolitik mitverwalten. Bezeichnend für die Lagerpolitik: An jedem Eingang des Hauptgebäudes der Universität standen mehrere PolizistInnen.

Die AktivistInnen wurden aufgrund der Anzeige durch die Universität Bern festgenommen und auf den Polizeiposten beim Waisenhausplatz gebracht. Dort wurden sie über drei Stunden festgehalten, mussten sich bis zur Unterwäsche ausziehen und sich den mühsamen Fragen der «Ordnungskräfte» stellen. Zudem wurden den AktivistInnen «erkennungsdienstliche Merkmale», sprich DNA-Proben, erfasst. Die einen Tag später eingetroffene schriftliche Verfügung argumentiert wie folgt: «... die Personen stehen in Verdacht (...) anlässlich einer Veranstaltung des 5. Schweizer Asylsymposiums, in einem Raum der Universität Bern Mist über das Rednerpult und den Boden verstreut und dadurch an fremden Sachen Schaden verursacht zu haben. (...) Bei der Überprüfung ihrer Personalien stellte sich heraus, dass eine Person am 21.01.2013 bereits die Asylkonferenz hatte stören wollen. (...) Unter den gegebenen Umständen ist bei den vier beschuldigten Personen mit einer substantiell erhöhten Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass sie sich in der Vergangenheit oder in der Zukunft anderer Delikte von gewisser Schwere schuldig gemacht haben oder machen werden. Die erkennungsdienstliche Erfassung erweist sich damit als verhältnismässig».

### Repression des Staates

Durch die Erfassung der DNA-Proben bereitet sich der Staat auf weitere Mobilisierungen im Rahmen der Lagerpolitik vor. Diese Form der Kriminalisierung sollte weitere Proteste abschrecken und muss als Bestandteil der herrschenden Migrationspolitik verstanden werden. Die Politik der so genannten «Asylkrise» darf weder mitverwaltet noch humanisiert werden. Es ist an der Zeit, die entschiedenen Kräfte zu mobilisieren und durch zivilen Ungehorsam gegen alle Orte vorzugehen, wo sich die Lagerpolitik manifestiert oder reproduziert.

**Ciao!**

Liebe LeserInnen, möglicherweise sind dies meine letzten Worte und Sätze, die ich für den vorwärts schreibe. Mein letzter Kommentar an dieser Stelle, mein letztes Edito ... als italienischer Staatsbürger!

Nein, ich lasse mich nicht freiwillig einbürgern. Ich finde, ich sollt die eidgenössische Staatsbürgerschaft geschenkt bekommen. Dies nicht aus Arroganz oder so, aber ganz einfach darum, weil auf meinem Ausländerausweis folgendes steht: «Geboren: 16. Februar 1969» und eine Zeile weiter unten: «Einreisedatum: 16. Februar 1969». Das ist aber eine andere Geschichte.

Falls Silvio Berlusconi am 24. und 25. Februar die Wahlen in Italien wieder gewinnt, dann werde ich wohl ins italienische Konsulat gehen müssen. Dort angekommen sage ich dann freundlich: «Buon giorno. Ich habe vor kurzem 110 Franken für die Herstellung plus 50 Franken für das vorschriftsgemäss zugeschnittene Foto bezahlt. Gültig ist das Ding bis ins Jahr 2022, aber ich will es nicht mehr haben: Hier mein Pass zurück, Dummheit ist nicht mein Heimatland. Grazie und ciao!»

Berlusconi verspricht wieder mal das Blaue vom Himmel. Alle, die bei der Addition von eins plus eins auf die Summe zwei kommen, wissen, dass der Multimilliardär seine Versprechungen nie und nimmer einhalten kann. Es sind – so wie immer – billige Wahlhügen. Und trotzdem: Die Umfragen zeigen, dass er Woche für Woche Boden gut macht. Sicher, das verlogene Grinsen des kleinen Giftzwergs flimmert über jeden Sender in Italien. Aber wenn Lügen und ein dummes Grinsen genügen, damit sämtliche Verarschungen und Skandale von Berlusconi in den letzten 20 Jahren zur Nebensache werden, dann ... ja dann, buona notte Italia. Und ich werde zum Heimatlosen – für mich ja eh nichts Neues in der Schweiz!

SIRO TORRESAN

**Impressum**

HERAUSGEBERIN:  
Verlagsgenossenschaft vorwärts, PdAS und ihre Deutschschweizer Sektionen. Postfach 2469, 8026 Zürich. PC: 40-19855-7.  
Die Publikation erscheint 14-täglich.

**REDAKTION:**

vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich, Tel. 044 241 66 77, e-mail: redaktion@vorwaerts.ch  
Redaktion: David Hunziker (huz), Michi Stegmaier (mic), Thomas Schwendener (tho), Siro Torresan (sit), Maurizio Coppola (mau)

REGELMÄSSIGE MITARBEIT  
Silvia Büchler, Hans Peter Gansner, Marco Geissbühler, Alex Riva

**ABONNEMENTE:**

abo@vorwaerts.ch  
Jahresabo: 160.–, reduziert (AHV, Stud.) 110.–, Probeabo: 4 Ausgaben gratis.  
Druck: Evert Druck, Neumünster

**Tötungen durch US-Drohnen: mit Salznüssli und Chips bei der Tagesschau ...**

Im vergangenen September forderte Erzbischof Desmond Tutu, dass George W. Bush und Tony Blair vor das Internationale Gericht in Den Haag wegen Kriegsverbrechen gestellt werden, wegen Folterungen, wegen des Kriegs im Irak und Afghanistan. Jetzt rechtfertigt der künftige CIA-Chef John Brennan, der Gehilfe des Friedensnobelpreisträgers Barack Obama, aussergerichtliche Hinrichtungen durch US-Drohnen. Unter Obama wird nicht mehr gefoltert wie unter den bekennenden Christen Bush und Blair, heisst es. Aber Verdächtige werden kurzerhand durch die USA mit Drohnen umgebracht, ohne vorher gequält zu werden, ohne dass sie Waterboarding Behandlungen, dem simulierten Ertränkungen unterzogen werden. Haben diese Tötungen mit Drohnen und die Kriege der USA im Irak und in Afghanistan etwas zu tun mit der Schweiz? Oder gehört dies nur zur abendlichen Tagesschau auf dem Sofa mit Salznüssli und Chips? Laut der Verordnung über den Export von Kriegsmaterial der Eidgenossenschaft wäre der Export von Rüstungsgütern an Staaten verboten, wie an die USA, an NATO-Staaten und Diktaturen im Pulverfass des Nahen Ostens, die «in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind» oder an Staaten, welche «die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen». Die USA und die NATO, die immer wieder Kriege führen, sind gute Kunden der Schweizer Todesfabriken, auch unserer bundeseigenen, subventionierten Rüstungsbetriebe Ruag, die jetzt gerade wieder, vom 17. bis 21. Februar, ihre Kriegsgeräte an der Waffenmesse in der Golfdikatur Abu Dhabi ausstellt. Mit dem Segen der Bundesrätinnen und Bundesräte?

Aussergerichtliche Hinrichtungen durch US-Drohnen verletzen die Menschenrechtserklärung, die auch die USA unterschrieben hat. Aber die aussergerichtlichen Hinrichtungen durch Drohnen der USA, die unter dem smarten Barack Obama stark zugenommen haben, sind kein Fall für US-Gerichte, so wenig wie die Folterungen der Bush und Blair Ära. Auch die UNO oder der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag intervenieren nicht gegen diese Hinrichtungen ohne Prozess.

Bei diesen Tötungen von Terrorismus Verdächtigen kommen immer wieder viele ZivilistInnen um. PolitikerInnen, GeheimdienstbeamtInnen und hohe US-Armeeangehörige werden heute in den USA nicht vor Gericht gestellt wegen ihren Verbrechen, sondern der kleine Soldat Bradley Manning, der via Wikileaks Verbrechen ans Tageslicht gebracht hatte. Schon im Vietnamkrieg setzte man die Kriegsdienstverweigerer Jahre hinter Gitter, nicht die Leute, die verantwortlich waren für den Vietnamkrieg, der 58000 amerikanischen Soldaten und über drei bis fünf Millionen VietnamesInnen, KambodschanerInnen und LaotInnen das Leben gekostet hatte. Daniel Ellsberg, der während dem Vietnamkrieg die Pentagon Papers ans Tageslicht gebracht hatte, konnte damals von Glück reden, dass man ihn nicht wie heute Bradley Manning eingesperrt hat.

Der 25-jährige Bradley Manning wird unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten, wie so viele Gefangene in den USA. Bradley Manning deckte via Wikileaks furchtbare Verbrechen der USA auf. Er zeigte unter anderem, wie US-Soldaten von einem Helikopter aus elf Zivilisten ermordet haben, darunter auch Kinder und den 22-jährigen Reuter Fotografen Namir Noor-Eldeen. Trotz dieser Verbrechen der USA setzte die Schweiz die Kriegsmateriallieferungen nach den Vereinigten Staaten fort.

HEINRICH FREI, ZÜRICH

**«Fuck Positive»**

Silvia Büchler. **Über HIV reden, wo HIV auftritt – Die neueste Kampagne «Fuck Positive» der Aids-Hilfe Schweiz hat Ende Januar für erhitzte Gemüter und kontroversen Diskussionen geführt. Die provokativ bebilderte Kampagne richtet sich vor allem an junge Schwule.**

Auf den Bildern werden junge homosexuelle Männer beim Sex gezeigt, was für viele zu provokativ und nicht jugendgerecht ist. Angesichts unserer sexualisierten Gesellschaft und den Möglichkeiten des Internets scheint dies jedoch ein frommer Gedanke zu sein. Gerade mit Bildern kann man heutzutage junge Menschen gut ansprechen. Zu grosser Verwirrung führte auch die Aussage von Doris Fiala (Präsidentin der Aids-Hilfe Schweiz) zur Kampagne. Sie erklärte in einem Interview der Zeitung «20 Minuten», dass HIV-Positive, die als nicht mehr nachweisbar gelten, nicht mehr ansteckend sind. Dies hat viele Menschen unsicher gemacht. Obwohl ihre Aussage der Tatsache entspricht, scheint dies für einige den Anschein zu machen, dass die Aids-Hilfe zu Sex ohne Gummi aufrufe. Dies ist keinesfalls so: Der Schutz bleibt immer ein Muss, da bekanntlich auch andere Geschlechtskrankheiten wie beispielsweise Syphilis oder Hepatitis C ohne Gummi übertragbar sind. Wiederum andere kritisieren, dass die Kampagne einmal mehr nur Schwule anspricht.

**Noch ein Thema?**

Rund 25 000 Menschen leben zur Zeit in der Schweiz mit dem HI-Virus. Gemäss Zahlen aus dem Jahr 2011 sind etwa 45 Prozent davon homosexuell, somit rund jeder zehnte Schwule. Für das Jahr 2012 rechnet das Bundesamt für Gesundheit (BAG) mit einem weiteren Anstieg an positiven HIV-Diagnosen bei Homosexuellen. Gemäss der Aids-Hilfe Schweiz wird gerade in der Schwulenszene zu wenig über HIV geredet. Vor allem junge Männer würden dieses Thema tabuisieren. Dass HIV nicht mal mehr unter den Schwulen ein Thema sein soll, beunruhigt, und es stellt sich die Frage, ob heterosexuelle Menschen in der Schweiz darüber reden. Schliesslich ist die Hälfte aller HIV-positiven Menschen in der Schweiz heterosexuell. Doch hier scheint HIV ebenfalls ein grosses Tabuthema zu sein. Immerhin stagnieren bei den Heteros die Zahlen der Neuansteckungen. Gemäss Zahlen des BAG sind vorwiegend verheiratete Männer mittleren Alters oder (ex)drogensüchtige Frauen

und Männer HIV-positiv. Bei den Lesben ist HIV gemäss der Aids-Hilfe kein grosses Thema, da nur Einzelfälle davon betroffen sind.

Bis Mitte der 90er Jahre war eine positive HIV-Diagnose ein Todesurteil. Dank grosser medizinischer Fortschritte hat sich HIV nun zu einer chronischen Krankheit entwickelt, die, bei täglicher Medikamenteneinnahme, zu einer normalen Lebenserwartung führen kann. Jedoch haben diese Medikamente massive Nebenwirkungen: Müdigkeit, depressive Verstimmungen, Albträume, Angstzustände, chronischer Durchfall, unnatürliche Verteilung des Fettgewebes sowie Nieren- und Leberschäden können auftreten und belasten das Leben HIV-positiver Menschen.

**Diskriminierung**

Alle HIV-positiven Menschen, ob schwul oder hetero, ob Frau oder Mann, kämpfen im Alltag immer noch mit Ausgrenzungen. Besonders im Erwerbsleben werden HIV-Positive oft diskriminiert. Sie werden gemieden, es wird ihnen nicht mehr die gleiche Leistung zugetraut oder plötzlich schreibt jeder seine Kaffeetasche im Pausenraum mit dem Namen an. Auch bei ganz alltäglichen Dingen kommt es zu Diskriminierungen, wie die Geschichte von Luca zeigt: Als die anderen Mieter von seiner HIV-Erkrankung erfuhren, wollten sie ihre Kleider nicht mehr in der gleichen Waschmaschine wie Luca waschen! Solange noch solch absurde Ängste umhergeistern, erstaunt es nicht, dass viele HIV-Positive zurückgezogen und in völliger Anonymität leben. Gerade in der heutigen Zeit, wo schon gesunde Menschen chronisch unter Druck stehen, ist kein Platz mehr für Menschen mit einer Immunschwäche. Rechtsdenkende PolitikerInnen benützen die Angst der Bevölkerung vor dem Fremden und sammeln so ihre WählerInnenstimmen, was unsere Schweiz immer intoleranter und feindseliger macht. Angesichts des ständigen Herumhakens auf AusländerInnen, IV-RentnerInnen und Menschen mit psychischen Erkrankungen wird es wohl noch ein langer Kampf werden, bis die Menschen mit mehr Toleranz und Verständnis auf HIV-Positive zugehen können.

**An die Arbeit, ihr Affen! – Eine Erklärung**

*Wir haben sie selbst oft genug gehört, wenn wir mit dem Zug aus dem Berner Hauptbahnhof gefahren sind, die empörten Kommentare über das Transparent «An die Arbeit, ihr Affen!», das sich über die «anständigen Steuerzahler, die noch Arbeiten gehen» lustig macht. Und es ist nicht bei den Kommentaren in den Zügen und den 20er-Bussen geblieben: Mails an Reitschulgruppen, Kommentare in Onlinemedien und ein Leserbrief in der Basler Zeitung zeugen davon: die LeserInnen fühlen sich provoziert durch die vermeintlich «faulen Sozialschmarotzer, die – statt selber zu arbeiten – von der Arbeit der anderen leben.» Nur, kaum einer denkt beim Schimpfen an eine ganz andere Gruppen von Leuten, die (im Gegensatz zu den Verfassern des Transparents) effektiv von der Arbeit anderer Leute leben – nennen wir sie einmal: Kapitalisten.*

*Die Grund- und Immobilieneigentümer zum Beispiel, die ganz gut davon leben können, das wir jeden Tag arbeiten müssen, um die Miete für ein Dach über dem Kopf bezahlen zu können. Wir leben in einem Land, in dem 60 Prozent der Bevölkerung dieses Dach über dem Kopf bloss mietet und der Grossteil der restlichen 40 Prozent gerade mal über genügend Wohneigentum für sich (und seine Liebsten) verfügt. Komischerweise kommt niemand auf die Idee, über diese Leute zu schimpfen, die so viel Wohneigentum besitzen, dass sie es für sich nur brauchen können,*

*um allen anderen das Geld aus der Tasche zu ziehen, indem sie es vermieten. Sie selber haben es dadurch nicht mehr nötig, selber Lohnarbeit zu leisten.*

*Geschimpft wird auch nicht über die Sorte Kapitalisten, die ausnützen, dass wir kein einziges unserer Bedürfnisse (wie etwa der oben genannte Wohnraum) ohne Geld befriedigen können und uns «anbieten», durch Arbeit bei ihnen an dieses Geld zu kommen. Richtig, es geht um unsere Arbeitgeber, für die wir immer bloss ein möglichst gering gehaltener Aufwand in ihrer Rechnung sind. Eine Rechnung, die sie stets zu ihren Gunsten machen, also um für sich möglichst viel Profit zu erzielen. Und dieser Profit reicht unseren Ausbeutern locker aus, um sich neben den Investitionen fürs Wachstum ihres Geschäfts ein hübsches Leben zu machen.*

*Komisch, über diese Sorte «Schmarotzer» schimpft keiner. Obwohl sie es sind, die, um in der Konkurrenz, die sie selber veranstalten, vorwärts zu kommen, immer mehr Flexibilität, Leistungsbereitschaft, Einsatz, Überstunden – Arbeit eben – von uns verlangen. Und so werden wir weiterhin jeden Morgen mit müden Augen das «An die Arbeit, ihr Affen!» erblicken und brav für die Kapitalisten arbeiten gehen – so lange jedenfalls, bis sich auch eure Wut gegen die Richtigen richtet!*

anti-ka.ch

# Demokratie des Vorurteils

tho. **Eine aktuelle Studie zeigt auf, dass sich Urnenabstimmungen diskriminierend auf Einbürgerungsentscheide ausgewirkt. Insbesondere rassistisch Marginalisierte wurden ohne Begründung massenhaft abgelehnt. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft stellt sich die Frage, inwiefern eine radikale Linke für die direkte Demokratie eintreten kann.**

Im Amtsbulletin der meisten Schweizer Gemeinden gab es bis vor etwa zehn Jahren auf den hinteren Seiten eine veritable Menschenschau. Da wurden jene Menschen abgebildet und beschrieben, die seit mindestens zwölf Jahren in der Schweiz lebten und sich nun anmassten, vollwertige Schweizer BürgerInnen werden zu wollen. Über diese Gesuche durften dann die alteingesessenen Schweizer StimmbürgerInnen an der Gemeindeversammlung entscheiden. Noch 1990 wurde in 80 Prozent der Schweizer Gemeinden bei Einbürgerungen auf diese Weise auf die direkte Demokratie gesetzt. Einen Wechsel gab es erst vor zehn Jahren aufgrund eines Entscheides des Bundesgerichtes. Dessen Richter hatten Negativentscheide an der Urne für unrecht erklärt. Jede abgelehnte BewerberIn habe das Recht auf einen Rekurs, dieser sei aber an der Urne nicht möglich, argumentierte das Gericht. Die SVP ging damals auf die Barrikaden. Sie wusste genau, auf welche Sorte stolzer StimmbürgerInnen sie zählen konnte. Und so setzte sie auf eine politische Offensive für die Abstimmung an der Urne. Ihre Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» wurde allerdings 2008 mit über 63 Prozent klar abgelehnt. Heute entscheiden nur noch 30 Prozent der Gemeinden an der Urne über Einbürgerungen. Eine aktuelle Studie förderte nun zu Tage, welche Diskriminierung die Einbürgerungspraxis der direkten Demokratie zur Folge hatte und in einigen Gemeinden immer noch hat.

## Diskriminierung an der Urne

Im Rahmen der vom «Schweizerischen Nationalfonds» geförderten Studie analysierten ForscherInnen die Daten von mehr als 2400 Einbürgerungsanträgen, über die in den Jahren 1970 bis 2003 in 44 Gemeinden entschieden wurde. Die Untersuchung kam zu einem wenig überraschenden Resultat: Menschen aus Ex-Jugoslawien oder der Türkei wurden an der Urne zehnmal so oft abgelehnt wie die AntragstellerInnen aus Italien oder Spanien. Die xenophoben Präferenzen verhalten sich dabei dynamisch und reagieren auf den Zustrom neuer MigrantInnen: Immer diejenige Gruppe von EinwandererInnen, die zuletzt ins Land kommen, wird am stärksten abgelehnt. Dabei haben Faktoren wie Sprachkenntnisse, Stellung im Arbeitsleben oder die überall so hoch gelobte Integration praktisch keinen Einfluss. In Gemeinden mit einem hohem Anteil an SVP-WählerInnen ist die Diskriminierungsrate am höchsten. Man muss es so drastisch sagen, wie es ist: An der Urne entscheidet in den allermeisten Fällen das Ressentiment über die Einbürgerungen.

Die Studie untersuchte auch den Wechsel der Einbürgerungspraxis von der Urnenabstimmung zur Bearbeitung durch gewählte PolitikerInnen. Im ersten Jahr nach dem Wechsel stiegen die Einbürgerungsraten sprunghaft um 50 Prozent an. Innerhalb von zwei Jahren verdoppelten sie sich. Je marginalisierter die Gruppe der AntragstellerInnen war, desto stärker stieg die Einbürgerungsquote: Für Menschen aus der Türkei um 65 Prozent, für jene aus Ex-Jugoslawien gar um 75 Prozent, während die Rate für italienischstämmige GesuchstellerInnen mit einem Anstieg von 6 Prozent nur leicht zunahm. «Ohne den Wechsel wären zwischen 2005 und 2010 rund 12 000 Immigranten weniger eingebürgert worden», erklärt Dominik Hangartner, einer der Wissenschaftler. Die Studie empfiehlt, dass künftig Einbürgerungen von GemeinderätInnen, Parlamenten oder spezialisierten Kommissionen vorgenommen werden sollen, um Diskriminierungen zu vermeiden.

## Direkte Demokratie von rechts

Die Gründe für den frappanten Unterschied in der Einbürgerungsquote sieht die Studie nicht etwa darin, dass die gewählten PolitikerInnen weiter links oder offener seien als ihre WählerInnen. Der Grund sei ein anderer: Wenn ein Antrag gestellt wird, dann können die WählerInnen an der Urne frei nach Gutdünken und Vorurteil walten, ohne jemandem Rechenschaft darüber ablegen zu müssen. Anders sieht das bei den gewählten VertreterInnen aus.

Diese müssen bei einer Ablehnung eine schriftliche, stichhaltige und allenfalls rekursfähige Begründung abgeben.

Man muss dem hinzufügen, dass es der SVP in den vergangenen Jahren immer wieder gelungen ist, die vorhandenen Ressentiments in der Bevölkerung zu schüren und ihr die entsprechenden Objekte zu bieten. Ob es dabei um «Scheininvaliden», «Sozial-schmarotzerInnen» oder eben jene «kriminellen AusländerInnen» ging, man konnte sie an der Urne abstrafen. Auch wenn der Aufstieg der SVP in den letzten Jahren – auch durch interne Machtkämpfe – etwas gebremst wurde, es gelang ihr nach wie vor, über die direkte Mobilisierung des Stimmvolkes Erfolge zu erzielen. Darum griff die SVP in der Vergangenheit immer wieder im Namen des Plebiszits rechtsstaatliche Institutionen an. Sie weiss genau, mit welchen StimmbürgerInnen sie rechnen kann. Was die SVP anstrebt, ist nicht weniger, als eine autoritäre Herrschaft in direkt-demokratischer Form. Eine formierte Gesellschaft, die fremde und störende Elemente immer wieder marginalisiert und aussondert. Die tragenden Ressentiments werden dabei nicht von der SVP erschaffen – auch wenn sie sie immer wieder forciert und verstärkt –, sondern von einer Gesellschaft hervorgebracht, die auf der Konkurrenz basiert und den Einzelnen als Warenmonade atomisiert und gegen alle anderen wirft.

## Emanzipatorische Perspektive?

Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, inwiefern sich eine radikale Linke für die direkte Demokratie stark machen kann. Es ist eben gerade nicht jener atomisierte Stimmbürger, der für das Projekt der Emanzipation stehen kann. Gleichzeitig kann man sich auch nicht für jene Strukturen einsetzen, die die Verwal-



tung der kapitalistischen Gesellschaft rationaler organisieren – wie etwa Expertenkommissionen oder Parlamente. Es zeigt sich hier in aller Deutlichkeit, dass die kommunistische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Totalität brechen und neue Formen finden muss, statt sich auf politische Formen der alten Gesellschaft zu stützen. Es ginge darum, den Inhalt der gesellschaftlichen Reproduktion und damit auch das Bewusstsein darüber zu ändern und damit zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden. Darunter ist die emanzipatorische Mitbestimmung aller Gesellschaftsmitglieder leider nicht zu haben.

**Die direkte Demokratie gegen die Lohnabhängigen? Bild: zVg.**

# Bildung für Alle!

**ASZ. Die Autonome Schule Zürich (ASZ) braucht ein neues Schulhaus. Mit einer Petition mobilisiert sie für diesen Kampf breite Unterstützung. Ihr Anspruch ist es, emanzipatorische Bildungskonzepte zu verfolgen.**

Als Kind der Bleiberecht-Bewegung wurde 2009 ein selbstorganisiertes Bildungsprojekt geboren. Ein Kollektiv aus MigrantInnen, Sans-Papiers, AsylbewerberInnen und Einheimischen hat in den letzten vier Jahren gemeinsam eine Schule aufgebaut. Kostenlose Deutschkurse machen einen grossen Teil des Projekts aus. Nach einem anfänglich nomadischen Dasein mit Halt an zehn verschiedenen Orten, war die Schule die letzten drei Jahre in einer besetzten Baracke beim Güterbahnhof zu Hause. Ende März wird diese jedoch dem Bau des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) weichen müssen.

## Zustimmung und Sympathie für die ASZ

Ende letzten Jahres hat die ASZ in Höngg ein leerstehendes Haus besetzt. Obwohl die Besetzung nur von kurzer Dauer war, hat die begleitende Medienarbeit Wirkung gezeigt und der ASZ einiges an wohlwollender Aufmerksamkeit gebracht. Es war schön wieder mal zu sehen, dass unserem Projekt von verschiedenster Seite viel Sympathie und Zustimmung entgegen gebracht wird. Nur ist diese Zustimmung teilweise für ein Projekt bestimmt, welches wir nicht sind und vor allen Dingen nicht sein wollen. Was wir damit meinen, soll anhand eines in der Online-Ausgabe des Tages Anzeigers zu einem Artikel über die ASZ geposteten Leserkommentars dargelegt werden. Herr C.V. schrieb: «Bildung ist ein hohes Gut und ich denke, dass ob illegal oder legal – MigrantInnen, die die Einrichtung benützen den Willen zeigen sich zu integrieren. Die Finanzierung dieser Einrichtung, ob von legalen oder illegalen MigrantInnen benützt, ist eine gute Sache. Die Schule soll kein rechtsfreier Raum sein aber auch keine Fuchsfalle der Polizei. In der Schule sehe ich kein Widerrede zur Asylpolitik der CH.» Abgesehen davon, dass Herr C.V. wohl glaubt, die ASZ werde von der öffentlichen Hand finanziert, bringt dieser Kommentar die Widersprüche zum Ausdruck, in welche die ASZ eingebunden ist. Wir verstehen uns als Ort des Widerstandes gegen die menschenverachtende Migrationspolitik der Schweiz. Wie kann es sein, dass man in unserer Schule keine Widerrede zur Schweizer Asylpolitik sieht?

Vor allem die Deutschkurse stellen für die Institutionen, deren Politik wir bekämpfen, eine willkommene Hilfe dar. Verschiedene Gemeindeverwaltungen des Kantons Zürich, die öffentlich-rechtliche Asylorganisation Zürich (AOZ) sowie auch die private Firma ORS schicken «ihre Flüchtlinge» gerne für Gratkurse an die ASZ. So sparen sie weitere Gelder bei der Betreuung von zum Nichtstun verdammt AsylbewerberInnen.

## «Da wird den Flüchtlingen geholfen»

Wir haben vermehrt den Eindruck, dass viele SympathisantInnen es in erster Linie einfach mal gut finden, dass in der ASZ «Flüchtlingen geholfen» wird. Natürlich schätzen wir Menschen, die sich solidarisch verhalten und im Kampf gegen ein unmenschliches Migrationsregime Hilfe leisten und diskriminierte Menschen unterstützen. Doch wir wollen nicht der selbstorganisierte «Lückenfüller» neoliberaler Spar- und Ausgrenzungspolitik sein. Unser Anspruch ist es, emanzipatorische Bildungskonzepte zu verfolgen. Migrantische Selbstorganisation hat zum Ziel, sich politisch zu wehren im Kampf gegen diskriminierende Politik, mediale Hetze gegen MigrantInnen und strukturellen Rassismus. Das Bildungsprojekt der ASZ soll auch ein Ort der kritischen Auseinandersetzung mit Sprache sein. Insbesondere die Deutsche- und Schweizerdeutsche Sprache wird heute dazu benutzt, Menschen Pflichten aufzubürden und gleichzeitig Rechte zu nehmen. Wir wehren uns gegen Integrationsmassnahmen als Mittel zur Disziplinierung und Verfolgung von MigrantInnen.

In der ASZ engagieren sich kämpfende Menschen und keine Opfer und Hilfsbedürftige. Wir lassen uns nicht zu Empfängern von Almosen und Hilfe degradieren, sondern fordern unsere Rechte ein. Das Recht auf Bildung, das Recht auf Arbeit, das Recht auf eine eigene Identität, das Recht auf Bewegungsfreiheit und das Recht auf eine geregelte und legale Aufenthaltssituation.

PETITION UNTERSCHREIBEN UNTER:  
[HTTP://WWW.AVAZ.ORG/DE/PETITION/DIE\\_ASZ\\_BRAUCHT\\_ES/](http://www.avaa.org/de/petition/die_asz_braucht_es/)  
 WEITERE INFOS: [WWW.BILDUNG-FUER-ALLE.CH](http://WWW.BILDUNG-FUER-ALLE.CH)

## Fristlos entlassen!

sit. **Spätestens nach den fristlosen Kündigungen der 22 Streikenden am 4. Februar hat der Arbeitskampf im Spital «La Providence» in Neuenburg die lokale Ebene verlassen und ist von landesweiter Bedeutung geworden. Der Grund ist einfach: der Ausgang des Streiks ist entscheidend für die künftigen Arbeitsbedingungen im ganzen Gesundheitswesen.**



**Der Kampf um den Erhalt des GAV «Santé 21» spitzt sich zu.**  
Bild: zVg.

Zur Erinnerung die Gründe des Streiks: Die «Genolier Swiss Medical Network» (GSMN) ist die zweitgrösste Gruppe Schweizer Privatkliniken und sie beabsichtigt, das Spital «La Providence» in Neuenburg aufzukaufen. Sie stellt Bedingungen für die Übernahme. Eine davon ist, dass der geltende Gesamtarbeitsvertrag (GAV) «Santé 21» nicht übernommen werden muss. Anfangs November 2012 stimmt die Neuenburger Regierung dieser Forderung zu und erlässt die entsprechende Ausnahmegewilligung. Die direkte Folge ist eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei «La Providence». Das Personal, unterstützt von den Gewerkschaften vpod und Syna, verlangt Verhandlungen, die aber von GSMN, der Spitalleitung und der Regierung abgelehnt werden. Am 26. November beginnt der unbefristete Streik eines

Teils des Personals. Der vorwärts berichtete ausführlich darüber in seiner Ausgabe Nr. 01/02 vom 25. Januar 2013.

### Was sind ArbeitnehmerInnenrechte noch wert?

Am 4. Februar erhalten die Streikenden ArbeiterInnen die fristlose Kündigung. Ihre starke, kämpferische Antwort kommt einen Tag später. «Für uns haben diese Kündigungen keine Bedeutung. Unsere Rechte als BürgerInnen und ArbeiterInnen sind mit Füssen getreten worden. Wir werden daher gegen diese missbräuchlichen Entlassungen rechtlich vorgehen». Von der fristlosen Kündigung erfahren die Betroffenen über die Presse, die von Antoine Wildhaber, Präsident des Stiftungsrats des Spitals, an der kurzfristig einberufenen Medienkonferenz informiert wurde. Man habe sich entschieden, die «Instrumentalisierung in einem politischen Kampf, den die Gewerkschaften führten, nicht länger zu tolerieren», sagte Wildhaber. Dann folgte die Drohung: «Falls Genolier das Übernahmeprojekt fallen lässt, muss die Klinik innert kürzester Zeit die Defizite reduzieren. Dabei müssen alle Dienste, die nicht kostendeckend sind, gestrichen werden».

Die Streikenden wehren sich entschieden gegen den Vorwurf der politischen Instrumentalisierung: «Unsere Forderungen waren und sind stets die gleichen: Beibehaltung des GAV «Santé 21», kein Stellenabbau, keine Auslagerung von Dienstleistungen. Es geht in unserem Streik um unsere Arbeitsbedingungen. Wir weisen den Versuch des Arbeitgebers zurück, uns andere, politische Motive unterzuschleiben». Sie fügen hinzu: «Entlassen, weil man ein von der Verfassung garantiertes Grundrecht in Anspruch nimmt? Das ist in der Schweiz eine Premiere. Aufge-

führt wird dieses Stück im Kanton Neuenburg. Was sind Arbeitnehmerrechte noch wert, wenn die Verteidigung der Arbeitsbedingungen bereits ein Grund zur Entlassung ist?»

### Dunkle Gewitterwolken ziehen auf

Gewinnt die GSMN den Machtkampf in Neuenburg, ist es ein Dambruch, der eine Flut von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im ganzen Gesundheitswesen mit sich bringt. Denn der Druck wird gleich auf verschiedenen Ebenen massiv werden: Die GSMN selber wird natürlich versuchen, das gleiche Ziel an anderen Standorte zu erreichen. «Hirslanden», die grösste Privatklinikgruppe in der Schweiz, wird sicherlich nachziehen wollen. Sie umfasst 14 Kliniken in zehn Kantonen mit insgesamt über 100 integrierten Kompetenzzentren sowie mehr als 50 spezialisierten Instituten mit rund 6000 MitarbeiterInnen. Und in den öffentlichen Spitälern wird der politische Druck der BürgerInnen auf die Arbeitsbedingungen steigen, da sie im Privatsektor liberalisiert sind.

Über den Himmel des Gesundheitswesens ziehen dunkle Gewitterwolken auf. Dies zeigt ein Blick hinter die Kulissen von GSMN. Die Gruppe betreibt 11 Privatspitäler in der ganzen Schweiz und ist somit die einzige, die landesweit tätig ist. Sie beschäftigt annähernd 1000 BelegärztInnen sowie weitere 2000 MitarbeiterInnen. «Im Mittelpunkt ihrer Wachstumsstrategie steht der Aufbau eines nationalen Klinik-Netzwerkes», ist auf der Webpage von GSMN zu lesen, und zwar um «ihren schweizerischen und ausländischen Patienten eine erstklassige stationäre Versorgung zu bieten.» Dass dafür eine fette Brieftasche nötig ist, versteht sich von selbst. Ermöglicht wird die «Wachstumsstrategie» durch die letzte Revision des Krankenversicherungsgesetz (KVG), die «den Konsolidierungsprozess unter den Schweizer Spitälern beschleunigen» wird. GSMN ist bestrebt, «diesen Veränderungen Rechnung zu tragen, indem sie eine echte Alternative zum öffentlichen Gesundheitswesen bietet».

Im Verwaltungsrat der Gruppe sitzt unter anderem Fulvio Pelli, ehemaliger Präsident der FDP und aktueller Nationalrat. Der Präsident ist Raymond Loretan, der gleichzeitig auch Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR) ist. So wie Pelli ist auch Raymond politisch bestens vernetzt: 1987 wurde er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Arnold Koller. Ab 1993 war er Generalsekretär der CVP Schweiz. 1997 wurde er vom Bundesrat zum Botschafter der Schweiz in Singapur und in Brunei ernannt. 2002 wird er Generalkonsul von New York mit Botschaftertitel. Anfang 2007 wird Loretan Miteigentümer der Beratungsfirma «Fasel Balet Loretan».

### Exportprodukt wie die Kuckucksuhr

Die GSMN gehört zu 100 Prozent der AEVIS Holding SA, die laut ihrer Homepage im «Healthcare-Bereich, in Life Sciences sowie in die medizinische Betreuung» investiert und an der Börse kotiert ist.

Zur Holding gehören neben der GSMN auch die «Swiss Healthcare Properties AG», eine auf medizinische Immobilien fokussierte Gesellschaft, die «Nescens SA», einer Marke rund um das Thema «better-aging» und der «Les Hauts de Genolier SA», einem Unternehmen, das Residenzen mit medizinischer Betreuung anbietet. AEVIS will «sukzessive weitere Geschäftsbereiche im Rahmen seiner strategischen Ausrichtung aufbauen».

CEO der AEVIS ist Antoine Hubert. In der Sendung «RTS Info» des Westschweizer Fernsehens vom 18. Dezember hält er fest, dass «das Gesundheitswesen gänzlich zu einer wirtschaftlichen Aktivität geworden ist. Huberts Ziel ist es, «aus der Schweiz eine Gesundheits-Destination und aus dem Schweizer Gesundheitswesen ein Exportprodukt zu machen, wie es die Banken, die Schokolade oder die Kuckucksuhr sind». Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es laut dem CEO der Holding unter anderem «einen gewissen Einfluss auf die Legislativen, um die Regulierung in die richtige Richtung zu schieben». Die Richtung, in die geschoben wird, zeigt das Beispiel «La Providence» bestens auf.

## Hunts ... miserabel!

sit. **15 Monate nach dem Kahlschlag vernichtet der amerikanische Chemiekonzern Huntsman weitere 170 Stellen in Basel und Monthey. Die Chancen auf die Rettung der Arbeitsplätze liegen im Nullprozentbereich, wie ein Blick in die jüngste Geschichte zeigt. Ein Grund dafür ist, dass der Widerstand auf lokaler Ebene beschränkt bleibt.**

Es ist immer das gleiche «Spiel», daher nichts Neues und genau aus diesem Grund äusserst beunruhigend! Am 24. Januar wurde bekannt, dass der amerikanische Chemiekonzern Huntsman in der Schweiz weitere 170 Arbeitsplätze vernichtet; rund 100 in Basel und 70 am zweiten Standort in Monthey. Der Abbau ist Bestandteil vom so genannten «global transformational change program», der weltweit 300 bis 400 seiner insgesamt 2500 Arbeitsplätze in der «Division Advanced Materials» streicht. Laut offiziellen Angaben des Chemiekonzerns werden so 70 Millionen US-Dollars eingespart. Laut James Huntsman, Präsident der «Division Advanced Materials», wurde das Programm entwickelt, um gegenüber der Konkurrenz «im anspruchsvollen und herausfordernden Weltmarkt eine starke und erfolgreiche Positionierung» einzunehmen.

### Ein fast aussichtsloser Kampf

Die Gewerkschaft Unia lehnt in ihrer ersten Stellungnahme die «Entlassungen an beiden Standorten strikte ab». Und dies aus gutem Grund: Der Konzern hat in den ersten neun Monaten 2012 sowohl sein Betriebsergebnis als auch seinen Nettogewinn massiv verbessert. Der Gewinn pro Aktie ist in diesem Zeitraum von 1,4 auf über 2 Dollar gestiegen. Die Unia hält weiter fest: «Huntsman registriert in seinem Bericht zum dritten Quartal 2012 ausgerechnet in Europa eine wachsende Nachfrage und einen verbesserten Absatz für die Produkte der «Division Advanced Materials». Umso unverständlicher seien die «harten Abbaumassnahmen in der Schweiz und im übrigen Europa». Die Gewerkschaft fordert erstens, dass keine Entlassungen ausgesprochen werden, zweitens eine «ausreichende Konsultationsfrist von mehreren Wochen, damit die Gewerkschaften mit Alternativvorschlägen den Stellenabbau verhindern können» und drittens eine «Neuverhandlungen des Sozialplans».

Wie schwer und wohl leider auch aussichtslos der gewerkschaftliche Kampf ist, zeigt ein Blick in die jüngste Geschichte. Im

2005 übernahm Huntsman das Textilfarbengeschäft von Ciba. Damals schwärmte die Unternehmungsspitze vom Standort Basel und stellt gar neue Arbeitsplätze in Aussicht. Doch nur sechs Jahre später, im September 2011, kam es zum Kahlschlag: Huntsman kündigte die Verlagerung der Produktion nach Asien an und den damit verbundenen Abbau von Total 700 (!) Stellen. Die Gewerkschaft forderte in ihrer Medienmitteilung vom 30. September 2011: «Die Unia lehnt die Entlassungen kategorisch ab und fordert angesichts der komfortablen wirtschaftlichen Situation des Konzerns den Erhalt der Arbeitsplätze in der Schweiz». Es kam zu Protestpausen, doch der Kahlschlag konnte nicht verhindert werden. Im Zusammenhang mit den aktuellen Entlassungen schreibt die Unia am 24. Januar 2013: «Bereits 2011 hatte Huntsman in der Schweiz 110 Stellen der «Division Advanced Materials» streichen wollen. Die Unia konnte damals den Abbau immerhin auf 80 Stellen verkleinern. Gleichzeitig verlagerte der Konzern damals die «Division Textile Effects» mit 600 Arbeitsplätzen. Die Unia erreichte für die Betroffenen einen akzeptablen Sozialplan.» 680 plus 170 gleich 850 Stellen, die innerhalb von 15 Monaten vernichtet wurden. Ein Durchschnitt von 57 pro Monat, wohl eine stolze Quote für die Jobkiller.

### Ein Traum, der sich nie erfüllt

Ein akzeptabler Sozialplan wird auch diesmal das höchste sein, was die Gewerkschaft für die von der Entlassung betroffenen ArbeitnehmerInnen erreichen kann – und auch dies wird nicht einfach werden. Dies die bittere Realität, die erneut eine Tatsache ans Tageslicht bringt: Während das Kapital auf internationaler Ebene schaltet und waltet, wie es will, bleibt der Widerstand auf lokaler Ebene beschränkt und somit ohne Chance. Nötig wäre ein gemeinsamer, solidarischer Widerstand zumindest auf europäischer Ebene der Huntsman-Angestellten. Das wissen wir alle und trotzdem bleibt es ein Traum – der wann in Erfüllung gehen wird?

# Tunesischer Staat steckt in der Zwickmühle

Daniel Sager. **Die Ermordung des Oppositionspolitiker Chokri Belaid und die darauffolgenden Proteste zeigen: Tunesien kommt nicht zur Ruhe. Zentraler Zündstoff dieser momentan vor allem parteipolitisch ausgetragenen Widersprüche ist der permanente Druck der Strasse nach besseren Lebensbedingungen. Doch auch eine andere Regierung wird der Bevölkerung nicht viel anzubieten haben, denn die tunesische Wirtschaft wächst nur langsam.**

Rund 220 Franken monatlich verdient ein durchschnittlicher Lohnabhängiger in Tunesien. Das reicht nirgends hin, denn im Zentrum der Hauptstadt Tunis kostet eine heruntergekommene drei Zimmerwohnung bereits um die 200 Franken im Monat. «Alles, was sich seit der Revolution geändert hat, ist der Präsident. Für uns normalen Leute ist es aufgrund der steigenden Preise eher noch schlimmer geworden», beschreibt ein junger Angestellter des Telekomkonzerns Orange die Situation. Tunesien sei nur erträglich für Reiche. Die Jungen sähen nur einen Ausweg: Europa. Da jedoch auch dort die Grenzen zunehmend dicht gemacht werden, wird sich der soziale Druck im Land wohl weiter aufbauen. Will der Staat dem auf demokratische Weise begegnen, wird er vor allem eins brauchen: Ein Wirtschaftswunder.

## Trotz Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit

Denn obwohl Tunesien in den vergangenen zehn Jahren durchschnittliche Wachstumsraten von 5 Prozent verzeichnete, sank die Arbeitslosenquote nie unter 13 Prozent. Dann kam die Krise. Das Land hielt sich zwar vergleichsweise gut, obwohl es die meisten seiner Güter in die krisengeschüttelte EU exportiert. Ein wachsender Binnen-Dienstleistungssektor und staatliche Stimulierungsprogramme verzögerten den Absturz. Trotzdem musste Tunesien ein gedämpftes Wachstum von 3 Prozent hinnehmen. Der grosse Einbruch kam nach der Revolution. Die Arbeitslosenquote schnellte nach offiziellen Zahlen auf rund 18 Prozent hoch, die der arbeitslosen Jugendlichen liegt aktuell gar bei über 40 Prozent. Zusätzlich zur gedämpften Konjunktur hätten die politischen Unruhen Kapital und Touristen abgeschreckt, sagt der Ökonom Aziz Ben Mustapha. So sind die Auslandsinvestitionen im Jahr 2011 um rund 25 Prozent eingebrochen. Doch auch die inländischen Unternehmer klagten vergangenen März bei einem Treffen mit der französischen Finanzkommission über die zahlreichen wilden Streiks im Land.

## Zuckerbrot und Peitsche

Die Regierungskoalition aus der islamistischen Partei «Ennahda», dem linksliberalen «Kongress für die Republik» und der sozialdemokratischen «Ettakatol» hat sich in ihrer Amtszeit darum vor allem eines vorgenommen: «Die Sicherheitslage zu stabilisieren, um das Investitionsklima zu verbessern», sagt Faycel Naceur, Vize-Kommunikationsbeauftragter der «Ennahda». «Ausserdem haben wir die Steuern gesenkt, um ausländische Firmen anzulocken.» Nach Naceurs Angaben mit Erfolg: «600 ausländische Firmen haben seit der Revolution zugemacht, 580 konnten wir aber zur Rückkehr bewegen.» Doch den InvestorInnen ruhige Verhältnisse zu bieten, kann auch bedeuten, die Freiheiten der Bevölkerung einzuschränken. So hat die Regierung, ermächtigt durch den wiederholten verlängerten Ausnahmezustand, immer wieder Demonstrationen verboten und Ausgangssperren verhängt. Auch das gewaltsame Vorgehen der Polizei bei den Unruhen in Siliana von Ende November 2012, als sie sogar mit Schrottgewehren auf Demonstrierende schoss, zeigt auf, dass der Staat auch nach der Revolution weiterhin auf die repressive Karte setzt. Da der Unmut der Bevölkerung wächst, ist die Regierung gezwungen, auf das Zuckerbrot statt nur auf die Peitsche zu setzen. Im März 2012 beschloss die verfassungsgebende Versammlung, die Staatsausgaben um 20 Prozent zu erhöhen. Damit wurden 25 000 neue staatliche Jobs geschaffen, die zumindest einem kleinen Teil der gut ausgebildeten Jugend eine Perspektive bieten sollen. Ausserdem wurden weitere Gelder zur Stützung der Wirtschaft, der Entwicklung armer Regionen und zur Subventionierung der Nahrungsmittel freigegeben.

## Schwierige Aussichten

Kann diese Ausgabenpolitik die Lage der Bevölkerungsmehrheit tatsächlich verbessern? Die Weltbank schätzt, dass die tunesische Wirtschaft aufgrund solcher Fördermassnahmen und der Rückkehr von ausländischen Investoren in den nächsten Jahren zwi-



schen 2 und 5 Prozent wachsen wird. Wie das vergangene Jahrzehnt jedoch zeigte, wären höhere Wachstumsraten nötig, um das Heer an Arbeitssuchenden zu absorbieren. Auf der anderen Seite steigerten die staatlichen Stützungsprogramme die Verschuldung Tunesiens im vergangenen Jahr auf rund 47 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gegenüber 40 Prozent im Jahr 2010. Wird die Regierung in nächster Zeit auch den angeschlagenen tunesischen Finanzsektor rekapitalisieren müssen, würde sich die Gesamtverschuldung gemäss IWF sogar auf über 50 Prozent steigern. Das ist im Vergleich zu einigen industrialisierten Ländern zwar wenig, trotzdem stufte die Ratingagentur «Standards&Poors» Tunesien bereits Mitte 2012 auf das Niveau «BB» zurück, was so viel wie «spekulative Anlage» bedeutet. Damit kündigt sich auch schon die Grenze des staatlich getriebenen Wirtschaftswachstums an. Wenn nun Tunesien in Zukunft der Zugang zu Krediten auf den Finanzmärkten erschwert wird, wird sich damit auch für eine künftige Regierung der Spielraum, um auf die Forderungen der Strasse nach besseren Lebensbedingungen einzugehen, enorm verkleinern. Dass die aktuelle Regierung mit ihrer Ausgabenpolitik stärkere soziale Unruhen im Land nur vertagt, meint auch der Ökonom Aziz Ben Mustapha. Die strukturellen Defizite Tunesiens mit seiner auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähigen Industrie könnten so nicht behoben werden. Um die tunesische Wirtschaft neu zu beleben, bräuchte es neue Nischen mit hohem Wachstumspotential. Ob und wann solche gefunden werden, ist angesichts der aktuellen weltwirtschaftlichen Lage jedoch sehr ungewiss.

**Der Druck der Strasse nach besseren Lebensbedingungen bleibt aktuell.**  
Bild: zVg.

# Die nutzlose Wahl

mau. **Ende Februar 2013 finden in Italien vorgezogene Parlamentswahlen statt. Gewählt wird dadurch ein neuer Ministerpräsident, der den Technokraten Mario Monti ersetzen soll. Die Wahlkampagnen sind so langweilig wie schon lange nicht mehr und bestätigen vor allem eines: Durch die politischen Institutionen wird sich nichts ändern.**

Die vorgezogenen Wahlen hätten den Übergang zur «dritten Republik» einleiten sollen, aber einmal mehr heben sie eine «Krise der Repräsentanz» hervor, wie sie Italien noch nie zuvor erlebt hat und die totale Unfähigkeit der parteiischen Gruppierungen zeigt, daraus einen Ausweg zu finden. Die von Monti eingeleitete Austeritätspolitik lässt die Lohnabhängigen Italiens bluten: Noch nie war der Steuerdruck so hoch, der Konsum ist auf das Niveau der 1960er Jahre gefallen, täglich werden Entlassungswellen bekannt gegeben.

In diesem Kontext ringen die politischen Parteien regelrecht nach Wählerschaft. Aus dem rechten Spektrum sind stets die gleichen Töne zu hören: Berlusconi präsentiert sich als alleiniger Retter des Landes, Mario Monti, der nach seinen technokratischen Erfahrungen nun auch eine politische Regierung aufbauen will, verspricht, den eingeschlagenen Kurs weiterzuführen – also die Lohnabhängigen weiterhin bluten zu lassen. Und wo steht die «Linke»?

## Das Phänomen Grillo

Diese «Krise der Repräsentanz» stellt Italien vor unbekannte Phänomene wie das des Komikers Beppe Grillo und seinem «movimento 5 stelle» (Bewegung 5 Sterne). Die neue Partei weist stark populistische Züge auf, im Zentrum steht der alleinige und selbsternannte Leader Grillo. Zwar konnte sie in den

Quartieren gewisse horizontale Entscheidungsstrukturen aufbauen, doch auch dieser Partei ist es nicht gelungen, schlechte Verwaltung und Korruption zu überwinden. Denn diese sind keine Anomalien in Zeiten der Krise, sondern vielmehr Kontinuitäten in einem politischen System, wie es sich in Italien seit der «zweiten Republik» Anfang 1990er Jahren entwickelt hat. Und so konnte die Grillo-Partei auch dort, wo sie regionale Regierungsverantwortungen übernahm (in der Stadt Parma), keine Veränderungen herbeiführen.

## Die demokratische Partei (PD)

Die PD ist die führende Partei um den Leader Bersani für die Übernahme der Regierung. Sie startet als Favoritin, ist aber genau so getroffen von der Krise, die das ganze politische Spektrum erfasst hat. In den Umfragen verliert sie immer mehr an Wählerstimmen. Sie scheut nicht davor, sich propagandistisch auf die Seite der Lohnabhängigen zu stellen, beispielsweise mit der Forderung eines Grundeinkommens. Doch real zielt sie auf das «Vertrauen der Finanzmärkte» und hat noch einige VertreterInnen des italienischen Grosskapitals in ihre Ränge integriert. Zudem hat die PD auch schon die Zeit nach den Wahlen skizziert. In den sizilianischen Regionalwahlen hat sie nach dem Erfolg gleich eine Allianz geschmiedet mit den Mittelparteien. Es ist vorhersehbar, dass sich Bersani – nach

einem Wahlsieg Ende Februar – gleich mit dem «Dritten Pol» um Mario Monti alliiert.

## Der Linke Vendola?

Die «Linke Ökologie und Freiheit» (Sinistra Ecologia e Libertà) von Vendola behauptet einerseits, die tatsächliche Alternative zur Krisenpolitik von Monti zu sein, andererseits fungiert sie als Stütze der PD, die sich immer mehr zum Zentrum hin orientiert und die Kontinuität in Sachen Sparpolitik garantiert. Zudem hat sich Vendola als der François Holland Italiens präsentiert – keine rosige Aussicht.

## Desillusionierte Jugend

Die vorgezogenen Wahlen stellen also in keiner Weise den Beginn einer Veränderung dar. Im Gegenteil, vielmehr ist vorhersehbar, dass sowohl von links wie von rechts die herrschende Krisenpolitik, die von der technokratischen Regierung initiiert wurde, weitergeführt wird. Die Jugend in Italien ist heute der Überzeugung, dass mit der Rhetorik des «kleineren Übels» oder der «nützlichen Stimme» (voto utile) gebrochen werden muss. Die Veränderung wurzelt auch heute noch in den Strassen und auf den Plätzen, in der Notwendigkeit, Mobilisierungen aufzubauen, die auf Wiederaneignung, Gegenseitigkeit und Solidarität basieren. Und so wird Ende Februar in Italien wohl vor allem der Absentismus gewinnen.

# Kuba im Wandel?

Dario Azzellini. Eine Reportage zu den Veränderung im kubanischen Alltag sowie den Auswirkungen und Zwängen ökonomischer Freiheiten und den Folgen auf die Errungenschaften der kubanischen Revolution. Widersprüche treten ans Tageslicht, doch die Räume für Debatten und Praxen lassen hoffen.



Reichhaltiges Angebot auf den Märkten Kubas.

Bild: Dario Azzellini.

«Was hat sich denn im vergangenen Jahr verändert?», frage ich den Taxifahrer auf dem Weg vom Flughafen von Havanna zu meiner Unterkunft. «Gar nichts», antwortet dieser wortkarg, drückt auf dem CD-Player der Autoanlage herum und wechselt die Musik. Offensichtlich ist er nicht zum Reden aufgelegt, denn allein schon das Taxi überrascht: Wir sitzen in einem schwarzen Neuwagen mit Schiebetüren und ich muss den Taxifahrer bitten, die Klimaanlage herunter zu drehen, da es im Wagen zu kalt ist. Ein Blick nach draussen zeigt weitere Veränderungen: Auf den Strassen herrscht für kubanische Verhältnisse regelrechter Autoverkehr. Neuwagen machen ein gefühltes Drittel des Fuhrparks aus. Und auf den Strassen von Miramar, etwas ausserhalb von Havanna, sehe ich im Vorbeifahren sofort zahlreiche kleine Restaurants und Läden, die letztes Jahr noch nicht da waren.

## Prozess gegen Rios Monti

Guatemalas früherer Diktator Efraim Rios Monti soll im August der Prozess wegen eines Massakers an Indigenas gemacht werden. Der Völkermord-Prozess gegen den 86-jährigen soll am 14. August beginnen, teilte ein Gerichtssprecher am 7. Februar mit. Es ist das erste Mal, dass ein Verantwortlicher für ein Verbrechen während des jahrzehntelangen Bürgerkriegs wegen Genozids vor Gericht gestellt wird. Dem früheren General Rios Monti, der im März 1982 durch einen Putsch an die Macht gelangt war und Guatemala bis 1983 mit harter Hand regierte, wird vorgeworfen, im Norden des Landes ein Massaker an 1770 Angehörigen der Maya angeordnet zu haben. Der damalige Militärmacht-haber Rios hatte im guatemaltekischen eine Strategie der «verbrannten Erde» verfolgt, um der linken Guerilla den Boden zu entziehen. Menschenrechtler zufolge waren die Opfer aber vielfach nicht Rebellen, sondern Unbeteiligte aus der indigenen Zivilbevölkerung, die in den ländlichen Gebieten Guatemalas die Mehrheit bilden. Insgesamt wurden im Bürgerkrieg von 1960 bis 1996 nach Schätzungen der Vereinten Nationen rund 200 000 Menschen getötet.

## Revolutionär sein heisst, Häretiker zu sein.

Ich bin für das «10. Internationale Arbeitstreffen emanzipatorischer Paradigmen» nach Kuba gekommen. Eine Konferenz, die von linken regierungsunabhängigen Basiskräften organisiert wird und alle zwei Jahre stattfindet. Ich betrete den zentralen Versammlungssaal in dem Gewerkschaftshaus, das für die Konferenz zur Verfügung gestellt wurde. An den Wänden hängen Transparente und Fahnen. Auf einem lila Transparent verkündet eine Basisorganisation aus Nicaragua ihre Solidarität mit Kuba, auf einem handgeschriebenen Plakat steht «Revolutionär sein heisst, Häretiker sein». «Solidarität mit den chilenischen Studierenden» verkündet ein anderes Plakat, wieder ein anderes drückt Solidarität mit dem venezolanischen Präsidenten Chávez aus. Diverse Plakate und Transparente verkünden feministische Positionen. Andere wiederum Solidarität mit den Zapatistas aus dem mexikanischen Chiapas, das weltbekannte Motiv des Graffiti-Künstlers Banksy mit dem Blumen werfenden Vermummten Demonstranten ist zu sehen. Dazwischen hängen die Fahnen der brasilianischen Landlosenorganisation MST, der ehemaligen salvadorianischen Guerilla und heutigen Regierungspartei FMLN und die Fahnen der internationalen Landarbeiterorganisation «Via Campesina» sowie diverser Basisorganisationen aus Lateinamerika und ein grosses blaues Transparent mit der Aufschrift «Block G8». Am Ausgang des Saals und draussen stehen Tische auf denen linke Bücher und Zeitschriften, DVDs, Postkarten, Aufkleber und mit Parolen bedruckte T-Shirts feilgeboten werden. Es sieht aus wie auf jedem linken Basiskonferenz in Lateinamerika. Für die kubanischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen ist das aber keineswegs gewöhnlich.

## Selbstverwaltung statt Bürokratie

Nach einleitenden Stellungnahmen diverser kubanischer und internationaler Gäste und einer kurzen Debatte teilt sich die Konferenz in kleinere thematische Diskussionsrunden. In meiner Runde geht es um Volksmacht und Partizipation. Eine Redeleitung

achtet darauf, dass niemand länger als drei Minuten spricht, um so allen eine Beteiligung zu ermöglichen. AktivistInnen aus dem Umfeld der Zapatistas in Mexiko, von den Nazca-Indianern in Kolumbien und aus Basisräten aus Venezuela nennen ihrer Ansicht nach notwendige Elemente für einen partizipativen Sozialismus: lokale Selbstverwaltung, Arbeiterkontrolle, demokratische Partizipation an Entscheidungen, die Erarbeitung von eigenen Lösungen auf der Grundlage der eigenen Kultur und Erfahrungen für bestehende Probleme und vieles mehr. Die Diskussion kommt in Gang und die kubanischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen schalten sich in die Diskussion ein. Pablo, Mitte 60, eine ansehnliche Karriere im kubanischen Verwaltungsapparat hinter sich, wie ich später erfahre, greift die Frage der Arbeiterkontrolle auf. Er betont, wie wichtig es sei, dies gerade jetzt auf Kuba zu diskutieren und umzusetzen. «Unser grosses Problem ist die Bürokratisierung auf Kuba, wir brauchen mehr Selbstverwaltung». «Eigentlich haben wir ja verschiedene Ebenen, auf denen eine direkte Einflussnahme der Bevölkerung auf ihre Belange stattfinden soll, aber es funktioniert kaum. Anstatt zu garantieren, dass die Meinung der Bevölkerung in die Regierungsinstanzen getragen wird, geschieht – wenn überhaupt etwas geschieht – eher das Gegenteil», so Esther, eine Akademikerin Mitte 50 aus Havanna. Pablo fügt hinzu: «Staat und Revolution sind eigentlich ein Widerspruch, auch wenn wir in absehbarer Zeit nicht auf den Staat verzichten können angesichts der internationalen Verhältnisse, daher stellt sich die zentrale Frage, wie wir mit diesem Widerspruch umgehen, damit er nicht die Revolution zunichte macht». Aus marxistischer Sicht eine banale Feststellung, doch für Kuba und jeden anderen parteiorientierten Staatssozialismus eine bis vor kurzem noch unaussprechliche Erkenntnis. Doch auch der kubanische Staatsapparat ist weit davon entfernt so unbeweglich zu sein, wie von aussen häufig dargestellt.

## Einkaufsbummel in der Altstadt

In der Altstadt treffe ich Osvaldo, er hat vor Jahren durch Heirat einen ecuadorianischen Pass erhalten. Er nutzt den Pass nur um hin und wieder im Ausland Textilien zu kaufen und sie dann in Kuba wieder zu verkaufen. «Soll ich nach Ecuador oder nach Panama fliegen?», fragt er mich. «Wo ist es denn billiger?», frage ich zurück. «Ich glaube Panama, aber das ist es auch gefährlicher», antwortet Osvaldo. Händler wie Osvaldo sind mittlerweile fester Bestandteil des Stadtbildes. Beim Spaziergang durch Havanna sind kleine Geschäfte, Lebensmittelhändler mit Karren und Strassenstände mit Büchern, Wasserhähnen, Technikausrüstung und sogar kopierten Filme, TV-Serien und Musik-CD's. Besonders viele Händler verkaufen importierte Kleidung und Modeaccessoires. Im touristischen Stadtzentrum Havannas sind noch mehr Läden, Bars und Restaurants zu finden. Kleine Märkte mit Souvenirs, Gemälde, alte Revolutionsdevotionalien und Kunsthandwerk eröffnen auf kleinen Plätzen und in grösseren Gebäuden. Die Jugend

im Stadtbild Havannas sieht nicht anders als in anderen karibischen Metropolen aus. Kleine Piercings im Gesicht, in der Unterlippe, Oberlippe, Augenbraue oder Nase sind bei Teenagern gerade besonders angesagt. Auf einigen Wänden sind Graffiti und vor allem mit Sprühschablonen erstellte Bilder zu sehen. Eine Gruppe schick gekleideter junger KubanerInnen schaut sich in einem Schaufenster eine Tafel mit etwa 80 verschiedenen Kontaktlinsentypen an, welche die Augenfarbe und die Pupillenform verändern. Zwei etwa 15jährige HipHopper laufen rappend die Strasse entlang und auf einem zentralen Platz sitzt eine Gruppe von Reggae-Fans mit langen Dreadlock-Frisuren rund um einen Brunnen. Am Wochenende sind die Touristencafés im Zentrum mindestens zur Hälfte mit Kubanern gefüllt. Ebenso einige der Restaurants. Das war vor einigen Jahren noch nicht der Fall. Zunächst war es für Einheimische lange verboten, viele der Touristenorte zu frequentieren und später war es zu teuer. Mittlerweile stehen alle Orte allen offen und jede Kubanerin und jeder Kubaner kann auch den konvertiblen Peso annehmen und ausgeben.

## Soziale Ungleichheit wächst rasant

«Es hat sich viel geändert, aber für mich ist alles gleich geblieben», stellt Daniela nüchtern fest. Sie arbeitet als Ärztin in einer Klinik, ist 45 Jahre alt und lebt mit ihrem Ehemann und ihrer Mutter. «Meine Arbeit ist die gleiche, mein Schichtplan ist gleich geblieben und mein Gehalt ist unverändert. Ich sehe das ständig neue Geschäfte und Restaurants eröffnen, ich kann mir aber nichts davon leisten». Daniela ist bedingt durch ihre Arbeit immer wieder mal im Ausland, sie reist zu Kongressen und Konferenzen, kürzlich war sie in Frankfurt. So wie vielen anderen KubanerInnen käme es auch ihr niemals in den Sinn, nicht nach Kuba zurückzukehren. «Grundsätzlich halte ich Sozialismus für die richtige Gesellschaftsform. Und auch wenn ich finde, dass einiges in Kuba anders laufen müsste, um weiter in Richtung Sozialismus zu gehen, ich will nicht woanders leben. Und ich will auch keinen anderen Beruf ausüben, ich finde es wichtig und richtig Ärztin zu sein», so Daniela. Doch so wie viele andere hochqualifizierte, staatliche Angestellte fragt sich auch Daniela insgeheim, was sie denn falsch gemacht hat, wenn Privilegien nun käuflich sind und Engagement für die Gesellschaft den Zugang eher behindert. Die sozialen Unterschiede wachsen rasant zwischen Stadt und Land, zwischen Selbstständigen und Angestellten, zwischen Berufen mit Kontakt zu Touristen und solchen ohne. So ziehen es manche hoch ausgebildeten AkademikerInnen nun doch lieber vor ein eigenes Geschäft aufzubauen, anstatt in ihrem Beruf zu arbeiten. «Ich weiss nicht, ob diese ganze Öffnung für die Privatwirtschaft gut ist», gibt Malev zu bedenken. Malev, Brite mit asiatischen Eltern, ist erst seit wenigen Wochen in Havanna. Er ist seiner kubanischen Freundin Niuska zurück nach Kuba gefolgt, die er während ihres Studiums in Barcelona kennengelernt hatte. «Einerseits besteht nun auch hier Zugang zu vielen Gütern, die für uns schon lange zum Alltag gehören, andererseits spaltet dies die Gesellschaft. Kurzfristig blieb Kuba vielleicht nichts anderes übrig, aber langfristig ...», Die Bedenken sind Malev ins Gesicht geschrieben.

## Reisefreiheit für Kuba

Am Tag meines Abflugs aus Kuba tritt die neue Reiseregulation in Kraft. Nun können alle Kubaner und Kubanerinnen einen Pass erhalten und Reisen, wenn sie die Konditionen der Länder erfüllen, in die sie Reisen wollen. Ein Antrag bei kubanischen Behörden muss zwar nach wie vor gestellt werden, doch sollen laut offizieller Angaben bis auf wenige Ausnahmen (wichtige Angehörige von Forschungseinrichtungen und Militär) alle reisen dürfen. Eine Woche später geht der von Venezuela initiierte lateinamerikanische Gemeinschaftssender «TeleSUR» in Kuba über Antenne auf Sendung – als erster offiziell zu empfangender Auslandssender. Das Kuba sich gerade verändert, steht ausser Frage. Die Räume für Debatten und Praxen um einen anderen, partizipativen und demokratischen Sozialismus, lassen hoffen.

# Die Rolle der Stiftung Abendrot bei der Zerstörung der Binz

Familieschoch. **Die Pensionskasse «Stiftung Abendrot» ist mitverantwortlich für den frühzeitigen Abriss der «Binz», einem selbstbestimmten und legendärem Häuserprojekt an der Uetlibergstrasse 111 in Zürich. Gemeinsam mit Werner Hofmann plant die Stiftung einen Neubau, dem die Binz Ende März weichen muss.**

Die alternative Pensionskasse Stiftung Abendrot aus Basel ist als Baurechtsnehmerin verantwortlich für den frühzeitigen Abriss der Binz, dem selbstbestimmten und unabhängigen Industrieareal in Zürich. Es sind seit 2006 rund fünfzig Menschen zwischen 0 und 70 Jahren, die auf dem besetzten Industrieareal leben und mehrere hundert, welche regelmässig projektbezogen wirken, werken, bauen und trainieren, neue Ideen entwickeln und diese auch gleich umsetzen. Die Stiftung zerstört unnötigerweise einen einmaligen und für die Stadt Zürich und die Schweiz extrem wichtigen Freiraum. Dabei arbeitet sie weder mit der Stadt Zürich, noch mit den aktuellen BewohnerInnen zusammen, sondern mit dem rechtsbürgerlich dominierten Kanton Zürich und Werner Hofmann, einem Exponenten der SVP. Gemeinsam planen sie einen Neubau, den sie mit «vier Cervelats» vergleichen, und spielen unter dem Deckmantel von Studentenboxen und Universitätspersonalwohnungen (USZ) verschiedene von Verdrängung betroffene Gruppen gegeneinander aus.

## Verantwortung für das Projekt

Die Stiftung Abendrot weist die Verantwortung für den Abriss ständig von sich: «Die Binz gehört dem Kanton Zürich. Wir können ihm nicht vorschreiben, was zu tun ist, deshalb sind wir die falschen Ansprechpartner» (Tages-Anzeiger vom 7. Dezember 2012). Tatsächlich hat die Stiftung die Möglichkeit, das Projekt zu reevaluierten und auszusteuern. Sie ist Baurechtsnehmerin, Erstellerin und Eigentümerin des geplanten Neubaus. Dass sie auf Anfrage nicht zum Projekt steht und die Verantwortung dem Kanton Zürich, beziehungsweise der Baudirektion, zuschiebt, zeigt immerhin, dass sie sich den Konsequenzen des Abrisses des bestehenden alternativen Freiraums durchaus bewusst ist. Dem Kanton ist auf erfolgreiche Art und Weise gelungen, eine «nachhaltige» Pensionskasse und von der Stadt verdrängte Gruppen wie StudentInnen und SpitalmitarbeiterInnen sowie KünstlerInnen und Freiraum-AktivistInnen gegeneinander auszuspielen, um so den Abriss der Binz zu ermöglichen. Wohnmöglichkeiten für Studierende und USZ-Personal entsprechen natürlich einem realen Bedarf. Dabei ist es aber unehrlich, diese genau auf dem Gelände der Binz zu fordern, weil sie von einem anderen Gelände für ein Luxushotel vertrieben werden und in der Stadt genügend Fläche existiert, die nicht für solch wichtige Anliegen genutzt, sondern durch die Wirkung der Politik des Kantons so gestaltet werden, dass sie die Verdrängung sogar fördern.

## Ein Dorn im Auge des Kantons

So wird klar, der Abriss wurde vor langem geplant. Vor mehr als zwei Jahren, nachdem Werner Hofmann die Studentenboxen im gerade zuvor besetzten Hotel Atlantis errichtet hatte, sprach er in der Öffentlichkeit davon, dass er ein ähnliches Projekt als Ersatz in der Binz planen würde. Der rechtsbürgerlich dominierte Kanton Zürich, der selber behauptet, kein Geld zu haben, betreibt seine Immobiliengeschäfte eigentlich vor allem profitorientiert. Liegenschaften und Baurechte gehen an den Meistbietenden. Die für die Verwaltung kantonaler Liegenschaften eingesetzte Kantag AG orientiert sich bei Vermietungen an den Marktpreisen, die viel zu hoch sind und stetig steigen. In Fall der Binz hat der Kanton aber merkwürdigerweise nicht über die Ausschreibung des Areals informiert und die Stadt Zürich offenbar bewusst nicht zum Mitmachen eingeladen. Und dann hat er das Baurecht nicht wie sonst üblich an den Meistbietenden gegeben, sondern in einer einmaligen Ausnahme an die Stiftung Abendrot, die sich in bisherigen Anlagen eben mit sozialen und nachhaltigen Projekten engagiert hat. Mit diesem Manöver ist es den Involvierten gelungen, die Zerstörung eines seltenen linken, alternativen Freiraums hinter einem Vorhaben zu verstecken, das mit der Aufnahme von Wünschen nach Wohnraum für StudentInnen und USZ-Personal in der Stadt Zürich gut zu rechtfertigen ist und so

mit auf wenig Widerstand stösst. Es ist ein absurder Prozess: Die jetzt bestehenden Studentenwohnungen im Hotel Atlantis sollen einem Luxushotel für die wenigen SuperverdienerInnen der Welt weichen. Wenn solche Wohnungen, wie in der Binz geplant, tatsächlich einem Bedürfnis entsprechen, dann sollen diejenigen, die sie verwirklichen, jetzt verhindern, dass im Atlantis ein Hochrendite-Luxushotel-Projekt entsteht. Das Grundstück beim Atlantis ist gross genug, dass darauf auch noch eine Lego-Container-Siedlung, wie sie in der Binz geplant ist, Platz findet würde und die 180 Spitalpersonal-Studios ebenfalls dort untergebracht werden könnten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass dafür ein lebendiger Freiraum in Zürich abgerissen werden soll.

## Binz bleibt Binz

Freiräume wie die Binz sind unabdingbar notwendig – immer und überall. Denn diese sind nicht subventioniert, ermöglichen nicht profitorientiertes Arbeiten und bringen Kreativität, Farbe, Leben und etwas Chaos in die Stadt, die zwar wächst, aber doch kleiner wird. Enger, verplanter, durchregulierter, kontrollierter, teurer und vor allem langweiliger. In der Binz manifestieren sich antikapitalistische und kollektive Ideen. Hier bestimmen nicht Geld über Raum und Boden und es kann somit auch Unvorhergesehenes passieren und entstehen. Hier müssen Nutzen und Aufwand nicht zwangsläufig gegeneinander aufgerechnet werden, und Teilnehmende können ohne



vorgeschriebene Rahmen und Regeln selbstbestimmt zusammen leben. Ideen sind nicht von vornherein der Logik und ihre Umsetzung nicht fraglos allgemein geltenden Sachzwängen unterworfen. Die Binz ist ein Ort, der möglich macht, was es eigentlich gar nicht gibt.

Der Text ist ein Auszug aus einer ausführlichen Stellungnahme.

Weitere Infos: [www.binzbleibtbinz.ch](http://www.binzbleibtbinz.ch)

Kontakt: [familieschoch@binzbleibtbinz.ch](mailto:familieschoch@binzbleibtbinz.ch)

**Die Binz soll einem luxuriösen Neubau weichen. Bild: zVg.**

# Über Engels nur leeres Gerede

Ralf Binswanger. **Der Klassenkampf wird zurzeit auch über die Frage der «richtigen» Marx-Lektüre ausgetragen. Ein Steckenpferd der «neuen Marx-Lektüre» besteht darin, Engels als Verflacher und Dogmatisierer von Marx zu verunglimpfen.**

Im Vorwärts vom 25. Januar 2013 eröffnet Peter Streckeisen eine Artikelserie unter dem Titel «Marx' Baustellen». Darin plädiert er sinngemäss für einen undogmatischen Umgang mit Marx' wissenschaftlicher Hinterlassenschaft. Es könne nicht mehr darum gehen «für oder gegen Marx» zu sein. Auch dem Buch «Für Marx» von Louis Althusser wird eine «sterile Haltung» vorgeworfen.

## Marx (un)abgeschlossen?

Selbst uns – in den Augen vieler VertreterInnen des aufgebrauchten Konstrukts «Arbeiterbewegungs-Marxismus» – ist nicht entgangen, dass es sich bei Marx' Werk, insbesondere bei seiner Kritik der Politischen Ökonomie, die weit mehr als die drei Bände von «Das Kapital» umfasst, um ein unabgeschlossenes Werk, also um eine Art Baustelle handelt. Das wusste man längst vor 1992, als die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) die meisten der unveröffentlichten Manuskriptteile von Marx herausgab. Marx war tatsächlich nie zufrieden mit Band I des Kapitals und hat vor allem bei den einleitenden Kapiteln für jede Neuauflage und für fremdsprachige Ausgaben Überarbeitungen vorgenommen, wie es Anton M. Fischer in seiner ausführlichen Dissertation «Der reale Schein und die Theorie des Kapitals bei Karl Marx» festhält. Das ist keine Schwäche, sondern zeichnet seine wissenschaftliche Haltung aus. Er eignet sich nicht dafür, einen Katechismus abzuleiten, auch wenn es historische Beispiele gibt, wo das versucht wurde.

## Theorie als Waffe im Klassenkampf

Wenn Marx auf wichtige wesentliche Punkte reduziert wiedergegeben wurde, war es meistens nicht schlechte Absicht, sondern entsprach der Notwendigkeit, die Theorie nicht als Selbstzweck zu behandeln, sondern aus ihr eine Waffe im Klassenkampf zu machen, die auch von seinen PraktikerInnen verstanden und genutzt werden konnte. Dass dabei in der langen Geschichte sozialistischer Revolutionen Fehler gemacht wurden, wissen wir nur zu gut. Diese können aber sicher nicht Engels vorgeworfen werden, wie das bei der sogenannten «Neuen Marx-Lektüre» (Michael Heinrich, Jan Hoff, Alexis Petrioli, Ingo Stützle, Frieder Offo Wolf u.a.) Mode geworden ist. Engels war der erste, der es immer wieder verstand, die komplexen Zusammenhänge so einfach als

möglich darzustellen, unserer Auffassung nach aber ohne sie zu verfälschen. Und es bleibt selbstverständlich die Aufgabe jeder Generation von KlassenkämpferInnen, die Theorie so zu lesen und zu aktualisieren, dass ihre praktische Sprengkraft gestärkt und nicht abgestumpft wird.

## Engels' Werktreue

Und genau das Letztere ist unseres Erachtens das objektive Resultat von Ansätzen, wie sie Streckeisen vertritt, unabhängig von der allfälligen subjektiven Absicht. Wir können das hier nicht im Detail beweisen, sondern nur einen Punkt herausgreifen, der auch die gute Absicht des Autors in Frage stellt: den Vorwurf, Engels habe «Das Kapital» mit der Herausgabe von Band II und III gemäss seiner eigenen Interpretation verändert, weil er daraus eine «Bibel der Arbeiterklasse» machen wollte. Wie andere Autoren bleibt auch Streckeisen jeden Beleg dafür schuldig. In einem sorgfältigen, für alle durch die MEGA zugänglich gemachten Quellen basierenden Aufsatz «Das Marx-Engels-Problem: Warum Engels das Marxsche «Kapital» nicht verfälscht hat» dokumentiert Michael Krätke Schritt für Schritt die Haltlosigkeit dieser Vorwürfe und zitiert auch eine Reihe weiterer Autoren, die zu ähnlichen Schlüssen kamen. So schreibt er u.a.: «Engels hat in diesem Dilemma – zwischen dem, was er für die geniale, brillante Grundidee des Autors hielt, und dem, was er an unfertiger, schwerfälliger, umständlicher, unausgereifter Präsentation vorfand – in aller Regel die Werktreue gewählt, also nicht um jeden Preis versucht, sich an die Stelle des Autors zu setzen. (...) Engels hat sich vor allem dort engagiert, wo die Lücken im Marxschen Manuskript unübersehbar und störend waren. (...) Anhand der Verzeichnisse in den MEGA-Ausgaben der Engelschen Redaktionen (...) lässt sich feststellen, dass 9/10 der von Engels stammenden Ergänzungen auch als solche gekennzeichnet sind, etwa 1/10 nicht» (S. 157f.).

Solange die Engels-Kritiker, «unsere beckmesserischen Freunde» (Krätke), ihre Behauptungen nicht in ähnlicher Weise Stück für Stück belegen können, müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, leeres Gerede zu produzieren.

RALF BINSWANGER IST AKTIV BEIM REVOLUTIONÄREN AUFBAU.

# Marx' Ökonomiekritik

Peter Streckeisen. «**Kritik der politischen Ökonomie**» – so lautet der Untertitel des «**Kapital**». Aber was ist damit genau gemeint? Wir finden bei Marx nicht in erster Linie «die bessere Wirtschaftstheorie», sondern eine grundlegende Infragestellung der Ökonomie an sich.



Marxistische Ökonomie oder Marx' Ökonomiekritik?  
Bild: zVg.

Im ersten Beitrag dieser Reihe («Marx' Baustellen», 25. Januar 2013) ist mir ein Fehler passiert: Ich wollte aufrufen, Marx als Quelle der Kapitalismuskritik neu zu entdecken, schrieb aber «Marxismuskritik». Es war allerdings wie ein freudscher Versprecher, denn tatsächlich geht es mir auch darum, mit Marx den Marxismus zu hinterfragen. In der Hinsicht ist diese Frage von Bedeutung: Was wollte Marx mit seiner «Kritik der politischen Ökonomie» und was ist im Marxismus daraus geworden?

## Marxistische Ökonomie

Generationen von MarxistInnen haben versucht, auf der Basis des «Kapital» eine marxistische Wirtschaftslehre zu schreiben, die der «bürgerlichen Ökonomie» überlegen sei. Ein eindrückliches Beispiel ist Ernest Mandels «Marxistische Wirtschaftstheorie» (1968): Der Verfasser versucht zu beweisen, der Marxismus ermögliche eine «Synthese aller menschlichen Wissenschaften». Doch indem die marxistische Ökonomie Marx auf einen Ökonomen reduziert, zieht sie ihm die Zähne der Gesellschaftskritik. Marx war angetreten, um die kapitalistische Ökonomie durch gesellschaftliche Verhältnisse zu erklären und die «Naturgesetze» der Wirtschaft als «verrückte» aber «objektive Gedankenformen» zu entlarven. Im Gegensatz dazu erklärt die marxistische Ökonomie (fast) alles – Kultur, Politik oder Alltagsleben – durch die Wirtschaft. Zumindest «in letzter Instanz», wie es bei Louis Althusser heisst.

Der Kapitalismus zeichnet sich dadurch aus, dass «die Wirtschaft» sich als eigene gesellschaftliche Realität verselbständigt, deren Logik alle Bereiche des sozialen Lebens beeinflusst und teilweise durchdringt. Es ist keine andere Gesellschaft bekannt, die eine derart von kulturellen Normen und direkten Sozialbeziehungen entfesselte Ökonomie kennt. Der Kapitalismus hat nicht nur eine «Ökonomie an sich», sondern eine «Ökonomie für sich», wie Pierre Bourdieu in Abwandlung der Klassenbegriffe von Marx festhält. Kapitalismuskritik sollte diese «Diktatur der Ökonomie» über das Denken und Handeln der Menschen ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Das tut die marxistische Ökonomie aber nicht, weil sie Marx ökonomisch liest.

## Die berühmte Entdeckung

Ein Beispiel. Im Abschnitt über die «Verwandlung von Geld in Kapital» deutet Marx an, dass der kapitalistische Mehrwert weder aus der Zirkulation noch der Produktion kommt, sondern auf der Ver-

wandlung des Arbeitsvermögens in eine Ware beruht. Im Marxismus wurde dies als Entdeckung gefeiert, die es erlaubt zu verstehen, wie Ausbeutung stattfindet, wenn «Äquivalente» getauscht werden. Die Entdeckung führt zum politischen Programm: Die Arbeiterklasse muss gegen ihre Ausbeutung kämpfen, eigentlich gehört ihr der ganze Reichtum der Gesellschaft, und wenn sie einen steigenden Anteil von diesem erkämpft, wird sie letztlich die politische Macht gewinnen und eine «Diktatur des Proletariats» errichten.

Aber kann ausgehend von Marx' Entdeckung nicht anders theoretisiert und politisiert werden? Die Verwandlung des Arbeitsvermögens in eine Ware ist der Punkt, an dem Marx der besonderen Form auf die Spur kommt, die Beziehungen zwischen Menschen im Kapitalismus annehmen: In dieser Gesellschaft müssen die Menschen (juristisch) gleich sein, um (sozioökonomisch) ungleich zu sein. Was formal gerecht ist, erweist sich als zutiefst ungerecht. So entsteht soziale Ungleichheit. Das Kapital macht die Menschen vergleichbar und ungleich, mehr oder weniger «wert», indem es sie auf ihre Nützlichkeit reduziert. Die Lohnabhängigen sind nicht nur zum «Verkauf ihrer Arbeitskraft» gezwungen, sondern zur Anpassung ihrer Person an die Erfordernisse des Kapitals. So stellt das Bildungswesen nicht nur Ungleichheit her und legitimiert diese durch Zeugnisse und Diplome (auch das sind «Wert-Formen»), sondern richtet junge Menschen zum Dienst am Kapitalismus her.

## Regierungswissenschaft

Durch diese Brille gewinnt ein anderes Programm an Bedeutung: Der Kampf gegen alle kapitalistischen «Realabstraktionen», das heisst gesellschaftlichen Prozesse, welche Menschen und Sozialbeziehungen auf einen abstrakten wirtschaftlichen Wert reduzieren. Dafür interessiert sich die marxistische Ökonomie kaum. Sie bleibt in der Tradition der Ökonomie als «Regierungswissenschaft» gefangen und sucht nicht nur Theorien, welche die «Notwendigkeit des Sozialismus» beweisen, sondern auch Instrumente, mit denen politische Macht ausgeübt werden kann. Wie das konkret aussieht, haben die Menschen in der Sowjetunion, in China oder Kuba am eigenen Leib erfahren müssen.

Was wir hingegen bei Marx finden, ist eher so etwas wie eine «Wissenschaft der Kritik», die nie zum Ende kommt, sondern kapitalistische Verhältnisse immer wieder neu analysiert. Die ökonomischen «Tendenzen», die Marx beschreibt (etwa das «Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate»), sind nicht allgemein gültige Naturgesetze. Wie David Harvey betont, handelt es sich um theoretische Modelle, die von Voraussetzungen ausgehen (wie etwa die Definition der Wirtschaft als geschlossenes System), die in der Realität nicht gegeben sind oder gleich bleiben. Wenn sich Geschlechterverhältnisse verändern oder natürliche Ressourcen erschöpfen oder neue internationale Beziehungen entstehen, werden solche Ausgangsbedingungen über den Haufen geworfen. Weil sie übersahen, dass die Beschränkung des «ceteris paribus» auch für die Modelle von Marx gilt, sagten marxistische Ökonomen immer wieder den Zusammenbruch des Kapitalismus voraus. Bis der «real existierende Sozialismus» zusammenbrach!

## Ökonomiekritik 2.0

Im «Kapital» schwankt Marx teilweise selbst unreflektiert zwischen Ökonomie und Ökonomiekritik. Es ist an uns herauszufinden, welche Dimension mehr verspricht. Für mich ist die Antwort eindeutig. Wenn wir die Schiene der marxistischen Ökonomie verlassen, können wir Marx' Ökonomiekritik auch mit feministischen Reflexionen, ökologischen Fragen oder postkolonialer Theorie in Verbindung bringen. Denn alle diese Ansätze stellen in Frage, was aus ökonomischer Sicht als gegeben gilt: die Trennung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die Verwertung natürlicher Ressourcen oder die Vorherrschaft des westlichen Entwicklungsmodells auf weltweiter Ebene. Das scheinbar «Normale» wird eben gerade durch solche «Realabstraktionen» hergestellt, für deren Analyse Marx Pionierarbeit geleistet hat.

**Antifaschismus.** Unter dem Titel «Damals wie heute – Den Antifaschistischen Selbstschutz organisieren» – Veranstaltungsreihe zu Historie und Aktualität des Roten Frontkämpferbundes (RFB) organisieren der «Revolutionäre Aufbau Schweiz» gemeinsam mit «Zusammen Kämpfen Magdeburg»

Veranstaltungen in Bern und in Zürich:  
Sonntag, 17. Februar 19.00 Uhr  
Reitschule Bern, Neubrückestr. 8, Bern;  
Montag, 18. Februar, 19.00 Uhr  
Volkshaus, Stauffacherstr. 60, Zürich

**Debatte.** Aus dem Bedürfnis heraus, Fragen zu Kapitalismuskritik, Revolution oder über den ganz alltäglichen Wahnsinn mit den verschiedensten Leuten in ungezwungenem Rahmen diskutieren zu können, organisiert die «Eiszeit» den Jour Fixe als offenes monatliches Treffen. Wer Interesse hat, mit uns oder anderen über politische Fragen zu diskutieren oder auch nur in so einem Rahmen etwas zu trinken, ist hier richtig. Die Themen sind nicht vorgegeben, sondern sollen sich am Interesse der Einzelnen ausrichten. Dazu braucht es weder Vorkenntnisse noch «gute Laune», einzig Spass an guten Diskussionen. Es gibt viel zu diskutieren!

Freitag, 22. Februar, 19.30 Uhr  
Infoladen Kasama, Militärstrasse 87a, Zürich

**Griechenland.** Wir, eine Vorbereitungsgruppe für ein Solidaritätskomitee in Zürich, bestehend aus griechischen StudentInnen und Mitgliedern der «Bewegung für den Sozialismus» (BFS) Zürich, laden ein zur Gründungssitzung eines Solidaritäts-Komitees in Zürich. Nach den nun seit Jahren andauernden Sparmassnahmen und Abbaudiktaten der Troika bietet Griechenland ein Bild der sozialen Verwüstung. Die griechische Wirtschaft liegt in Trümmern, Hunger und Obdachlosigkeit nehmen zu. Alleine in Athen sind 250 000 Menschen Tag für Tag auf die Armenspeisung der Kirche angewiesen, um überhaupt nur überleben zu können. Die Arbeitslosigkeit steigt in Griechenland massiv. Fast 60 Prozent aller Jugendlichen sind ohne Arbeit. Stellen im öffentlichen Dienst werden zu Tausenden gestrichen, Sozialleistungen zerstört und staatliche Einrichtungen geschlossen oder verkauft. Bei denen, die noch Arbeit haben, wurden die Löhne um bis zu 50 Prozent gesenkt. Der Mindestlohn wurde von 750 auf 590 Euro reduziert. Weil die Arbeitslosenhilfe an den Mindestlohn gekoppelt ist, sinkt sie von 461 auf 360 Euro. Sie wird maximal ein Jahr lang gezahlt. Danach ist Schluss. Zwischen die Lohnabhängigen in den europäischen Ländern soll ein Keil getrieben werden. Die griechische Bevölkerung führt einen verzweifelten aber auch beispielhaften Abwehrkampf gegen die Spardiktate und den Abbau demokratischer Rechte: mit der Schaffung sozialer Selbsthilfeorganisationen, durch Betriebsbesetzungen, Streiks und Generalstreiks, durch Massendemonstrationen und der Belagerung des Parlaments. Dieser Widerstand brachte zwei Regierungen zu Fall – die Sparmassnahmen aber bisher nicht. Auch wenn unsere Möglichkeiten bescheiden sind, der Widerstand der griechischen Bevölkerung braucht unsere Solidarität.

Montag, 25. Februar, 19.00 Uhr  
Punto d'incontro (1. Stock)  
Josefstrasse 102, Zürich

**Angela Davis.** Der Infoladen Rabia widmet sich an diesem Abend ganz der US-amerikanischen Revolutionärin Angela Davis. «Angela Davis – Portrait of a Revolutionary» (USA 1972, 60 Min.) ist ein Dokumentarfilm zu ihrer Verhaftung und zur Geschichte der schwarzen Befreiungsbewegung in den USA. «Angela Davis – Eine Legende lebt» (BRD 1998, 79 Min.) ist ein Dokumentarfilm über das Leben von Angela Davis, eine der bekanntesten Aktivistinnen der Black Panther Party, Kritikerin des Gefängnis-Industriellen-Komplexes, Kommunistin und Feministin.

Donnerstag, 28. Februar, 20.00 Uhr  
Infoladen Rabia, Bachtelstrasse 70, Winterthur

**Partei der Arbeit.** Die PdA Bern lädt ein zum Soliessen. Simu, Chefkoch der Brasserie Lorraine kocht Bortschtsch aus dem DDR-Kochbuch (Siedfleisch mit Randen, Gemüse und Sauerrahm). Für Vegi's wird es Bortschtsch mit Räuchertofu geben. Solipreis normal 50 Franken und Kulturlegi/Studis 25 Franken.

Montag 11. März, 18.00 Uhr Apéro  
ab 19.00 Uhr Essen  
Im Sääl (1. Stock) der Brasserie Lorraine  
Quartiergasse 17, Bern

## VPOD pfeift Pensionskasse zurück

Ausgerechnet die Pensionskasse Basel-Stadt und die Basellandschaftliche Pensionskasse stellen die Mieterinnen und Mieter auf die Strasse, um ihre mietzinstreibende Sanierung bei den Liegenschaften Wittlingerstrasse (PKBS) und Burgweg (BLPK) durchzusetzen. Der «vpod region basel» ist empört und fordert die Pensionskassen auf, dafür zu sorgen, dass ihre Immobilienverwaltungen mit den Mieterinnen und Mietern an einen Tisch sitzen und eine sozialverträgliche Lösung für die Sanierung suchen. Dies verlangte auch die Mietgerichtspräsidentin an der Verhandlung vor dem Mietgericht am 7. Februar 2013. Die Massenkündigungen sollen bei beiden Liegenschaften zurückgezogen werden und die Sanierung unter Einbezug der Mieterinnen und Mieter aufgelegt werden.

VPOD REGION BASEL

## Füttere mich!

Unterstütze den Vorwärts mit einer Spende:  
Verlagsgenossenschaft Vorwärts,  
4056 Basel, PC 40-19855-7.  
Vielen Dank!

